

Gemeinde Hagen im Bremischen

BEKANNTMACHUNG

Genehmigungsantrag auf wasserrechtliche Planfeststellung zur Erweiterung und Abbauvertiefung im Nassabbauverfahren des bestehenden Sandabbaus in der Gemarkung Dorfhagen Flur 3. Flurstücke 57 und 58

Antragsteller: Firma Friedrich Freter, Bornerstr. 4, 27628 Hagen im Bremischen

Die Firma Freter hat einen Genehmigungsantrag auf wasserrechtliche Planfeststellung gem. § 68 WHG (Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) in der zurzeit gültigen Fassung), §§ 107 bis 110 NWG (Niedersächsisches Wassergesetz vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 64) in der zurzeit gültigen Fassung) zur Erweiterung und Abbauvertiefung im Nassabbauverfahren des bestehenden Sandabbaus in der Gemarkung Dorfhagen Flur 3. Flurstücke 57 und 58 gestellt.

Aus diesem Grund wird durch den Landkreis Cuxhaven ein wasserrechtliches Planfeststellungsverfahren nach dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Niedersächsischen Wassergesetz durchgeführt.

Der entsprechende Antrag sowie die dazugehörigen Unterlagen (Zeichnungen, Erläuterungen) liegen

in der Zeit vom 20.12.2021 bis einschließlich 19.01.2022

bei der folgenden Behörde während der angegebenen Dienststunden zur allgemeinen Einsicht aus:

Gemeinde Hagen im Bremischen, Amtsplatz 3, 27628 Hagen

Zimmer S03

Bitte vereinbaren Sie einen Termin unter 04746-8738

Jede/Jeder, dessen/deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis zu zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, also bis einschließlich zum 02.02.2022, schriftlich oder zur Niederschrift bei der entsprechenden Kommune oder beim Landkreis Cuxhaven, Vincent-Lübeck-Straße 2, 27474 Cuxhaven Einwendungen erheben. Vereinigungen, die auf Grund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung gegen die Entscheidung nach § 74 VwVfG einzulegen, können innerhalb der Frist Stellungnahmen zu dem Plan abgeben. Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind gem. § 73 Abs. 4 Satz 3 VwVfG (Verwaltungsverfahrensgesetz vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102) in der zzt. geltenden Fassung) alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

In einem nach Ablauf der Einwendungsfrist stattfindenden Erörterungstermin, der noch besonders bekannt gemacht wird, werden die gegen den Antrag erhobenen Einwendungen und die Stellungnahmen der Behörden zu dem Antrag mit dem Träger des Vorhabens, den Behörden, den Betroffenen sowie den Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert. Eine mündliche Verhandlung ist nicht erforderlich, wenn kein Beteiligter innerhalb der vorgenannten Frist Einwendungen gegen die vorgesehene Maßnahme erhoben hat.


Gemäß der §68 WHG, den §§ 91 und 92 NWG in der zurzeit gültigen Fassung und § 73 Abs. 5 Nr. 2-4 VwVfG wird darauf hingewiesen,

1. dass etwaige Einwendungen oder Stellungnahmen von Vereinigungen nach Absatz 4 Satz 5 bei den in der Bekanntmachung zu bezeichnenden Stellen innerhalb der Einwendungsfrist vorzubringen sind;
2. dass bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin auch ohne ihn verhandelt werden kann;

3. dass a) die Personen, die Einwendungen erhoben haben, oder die Vereinigungen, die Stellungnahmen abgegeben haben, von dem Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden können,
b) die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann,
wenn mehr als 50 Benachrichtigungen oder Zustellungen vorzunehmen sind.

Soweit nicht ortsansässige Grundstückseigentümer durch das geplante Vorhaben betroffen werden, werden die schuldrechtlich oder sachenrechtlich Befugten (Mieter, Pächter, Entleiher, rechtmäßige Besitzer usw.) gebeten, die Eigentümer der Grundstücke von der geplanten Maßnahme zu unterrichten.

Durch die Einsichtnahme in die Antragsunterlagen entstehende Kosten können nicht erstattet werden.


Gemeinde Hagen im Bremischen
Der Bürgermeister

